

Antrag auf der 62. Landesversammlung der Europa-Union Bayern

Lichtenfels, den 05. und 06. Juli 2013

Thema: Neuer Grundkonsens für Europa im „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013“ – Europäischer Bürgerbeauftragter muss kommen	Antragsnummer:	1
	Antragsteller:	BV Niederbayern, Vorsitzender: Konrad Kobler, MdL
	Abstimmung:	
	Weiterleitung:	

Die Delegierten der Landesversammlung wollen beschließen und auf geeigneten Wegen auf die europäischen Institutionen einwirken, dass ein Bürgerbeauftragter installiert wird.

Begründung:

Die EUROPA-UNION Niederbayern will gerade in Anbetracht der kontroversen Diskussionen um Währung und Fiskalordnung in Europa insbesondere auf die Erfolge verweisen und betont, dass Europa eben mehr ist als der „Euro“! 20 Jahre nach Einführung der Unionsbürgerschaft durch den Vertrag von Maastricht wurden die Rechte der Bürger permanent gestärkt. Es ist Ziel des jetzigen EU-Ratsvorsitzes Irland, die Bürgerrechte in Europa fortzuentwickeln. Dieses „Europäische Jahr der Bürger“ eröffnet neue Gelegenheiten zur Diskussion der Probleme bei der Ausübung der Rechte der Unionsbürger **jetzt** und in **Zukunft** (bisher: Bewegungsfreiheit in Europa, Schutz durch die diplomatischen Vertretungen der EU-Mitgliedsländer, aktives und passives Wahlrecht, Verbesserung der Flugrechte, usw. – künftig:

Gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen, gemeinsame Bankenaufsicht, europäische Krankenversicherungskarte, Abbau der Arbeitslosigkeit, systematische Einlagensicherung, usw.). Ebenso bedarf es des Ausbaues des Instrumentes der besseren **Bürgerbeteiligung** in Europa im Rahmen der „Europäischen Bürgerinitiative“.

Es bleibt noch viel zu tun, so z. B. das Wahlrecht zu den Landtagen und zu den Nationalparlamenten auf alle im betreffenden Land lebenden EU-Bürger auszuweiten (Aktion „let me vote“). Es ist im Rahmen der steigenden Mobilität der Arbeitnehmer in einem europäisch-demo-kratischen Rechtsstaat wichtig, Menschen, die hier leben, arbeiten und als Steuerzahler zum Gemeinwohl beitragen, auch durch ein umfassendes Wahlrecht mitbestimmen zu lassen. Dies stärkt schließlich die Identifizierung mit den nationalen Institutionen, die politische Integration und das allgemeine Zugehörigkeitsgefühl. Eine Ausweitung

des Wahlrechtes stärkt auch die europäische Identität von Unionsbürgern und das Bewusstsein, Teil einer europäischen Gemeinschaft zu sein. Wahlrecht ist schließlich ein Bürgerrecht!

Es reicht nicht aus, sich über das Erreichte zu freuen und einfach „**mehr Europa**“ zu fordern. Man muss von der festgefahrenen **Euro-Diskussion** herauskommen und einen neuen Grundkonsens für Europa erarbeiten mit dem Ziel, stärker ins Bewusstsein zu bringen, was eben Europa ausmacht: Ein Europa der offenen Grenzen, des Miteinanders seiner Völker, ein pluralistisches-demokratisches-freiheitliches und solidarisches Europa mit gemeinsamen demokratischen Institutionen, welches seine Wurzeln im Humanismus hat. Es bedarf eines Gegenbildes Europas zu nationalistischen Eigenbrödeleien.

Schließlich ist eine **stärkere europäische Einheit** auch die beste Antwort auf die Globalisierung dieser Welt und die Weckung des Bewusstseins, dass wir alle miteinander Europa sind.

So wie die europäischen Nationalstaaten und die Bundesländer weithin sogenannte „**Ombuds-Leute**“ installiert haben, bedarf es auch auf europäischer Ebene der baldigen Wahl eines/einer Bürgerbeauftragten, der noch im „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ sein Amt antritt. Aufgabe des europäischen Bürgerbeauftragten wäre insbesondere die Untersuchung von Beschwerden über EU-Institutionen, um so Missstände in den Verwaltungen zu beseitigen und Einleitung von Untersuchungen aus eigener Initiative zu ermöglichen. Es zeigt, dass sich mit der Verlagerung von Aufgaben auf europäische Institutionen immer mehr Beschwerden gegen Vorgehensweisen der EU-Institutionen (insbesondere Einstellungspraxis), gegen die Sprachpolitik und gegen Verwaltungsverfahren richten. Auch nehmen die Beschwerden über das europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) zu, die offenbar immer noch nicht die wirksamen Bekämpfungsstrukturen gefunden haben.

Antrag auf der 62. Landesversammlung der Europa-Union Bayern

Lichtenfels, den 05. und 06. Juli 2013

Thema: EU-weite Förderung der Umstrukturierung auf grenzüberschreitende E-Mobilität	Antragsnummer:	2
	Antragsteller:	BV Niederbayern, Vorsitzender: Konrad Kobler, MdL
	Abstimmung:	
	Weiterleitung:	

Die Delegierten der EU-Landesversammlung wollen beschließen, auf die europäischen Institutionen einzuwirken, dass nicht nur partiell, sondern in allen Ländern Europas Programme und Bemühungen gestartet werden, **grenzüberschreitend die E-Mobilität** insbesondere auch hinsichtlich der Reduzierung des CO₂-Gehaltes zügiger voranzubringen.

Begründung:

Die Energiewende wird europäisch von vielen Mitgliedsländern noch mit großer Skepsis betrachtet. Um allerdings die europäischen Ziele 20-20-20 zu erreichen, bedarf es eines größeren Einsatzes und Schubes, den Umstieg von der risikobehafteten Atom-Energie zu schaffen und forcierter regenerierbare Möglichkeiten bei Wasser, Wind, Sonne und Biogas zu nutzen. Im eigenen Lande bedarf es zur Erreichung der Ziele der Energiewende vielfältigster Entschärfungen bei bestehenden Gesetzen.

Die niederbayerische „Europa-Union“ fordert gerade auch hinsichtlich der Reduzierung des CO₂-Gehaltes und Weiterentwicklung Ostbayerns als attraktive Urlaubsregion die Forderung der Umstrukturierung auf E-Mobilität (als für ganz Europa und westlichen Welt enorme Zukunftschance) mit mehr Konsequenz voranzubringen und möglicherweise gerade z. B. mit Tschechien zusammen, die Modellregion E-Wald auf ein grenzüberschreitendes E-Mobilitäts-Projekt auszubauen.

Die Europa-Union warnt allerdings bzw. lehnt Absichten und Forderungen ab, die **Kernkraft** bzw. Kohle-Verstromung unter Einsatz von EU-Mitteln weiter auszubauen zu wollen.

Gez. Konrad Kobler

Antrag auf der 62. Landesversammlung der Europa-Union Bayern

Lichtenfels, den 05. und 06. Juli 2013

Thema: Installierung eines Tschechien-Beauftragten und Schaffung eines bayerischen Verbindungsbüros in Prag zur Forcierung aller wirtschafts- und gesellschafts-politischer Angelegenheiten	Antragsnummer:	3
	Antragsteller:	BV Niederbayern, Vorsitzender: Konrad Kobler, MdL
	Abstimmung:	
	Weiterleitung:	

Die Delegierten der EU-Landesversammlung wollen trotz der offenbar noch nicht vorhandenen Bereitschaft der Bayer. Staatsregierung beschließen, die Staatsregierung gerade auch hinsichtlich des Tenors und der Erfolge durch den Besuch des tschechischen Regierungschefs Petr Necas zu Beginn dieses Jahres in Bayern aufzufordern

1. einen Tschechien-Beauftragten einzuführen und
2. ein **bayerisches Verbindungsbüro** in Prag zu schaffen, das allumfassende tschechische Interessen wahrnimmt.

Begründung:

Die Rede des tschechischen Parlamentspräsidenten Necas im Bayer. Landtag war eine Sternstunde „historischen Parlamentarismus“. Der eingeleiteten Tau-Periode müssen weitere Schritte der Zusammenarbeit und Festigung der Freundschaft folgen.

s wird mit Freude gesehen, welche positive Entwicklung die bayerisch-tschechischen Beziehungen in den letzten Jahren genommen haben. Sie beruhen teilweise auf lokale und regionale Initiativen sowie durch die zunehmenden politischen Kontakte, die durch die beiden Reisen des Ministerpräsidenten Horst Seehofer bzw. des Staatspräsidenten Petr Necas einen weiteren Höhepunkt gefunden haben. Es gibt auf Regierungsebene eine Bayerisch-Tschechische Arbeitsgruppe, bestehend überwiegend aus Ministerialbeamten. Um die Ergebnisse der verschiedenen grenzüberschreitenden Maßnahmen und Initiativen besser zu vernetzen und die Bildung „**verschlossener Arbeitszirkel**“ zu verhindern, gibt es entsprechenden Handlungsbedarf. So fordert der EU-Bezirk Niederbayern als unmittelbarer Angrenzer zu Tschechien von der Staatsregierung

1. entsprechende Initiativen für eine bessere Vernetzung der verantwortlichen Akteure zur Lösung der Aufgaben- und Problembereiche zwischen Bayern und Tschechien. Insbesondere müssten die teils in München unbekannt Fortschritte bei der unmittelbaren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der **EUREGIO´ s**, der **Donau-Moldau-Region** sowie Vorstellungen der **Donau-Strategie** hin zu den Regierungsstellen stärker miteinander vernetzt, stärker ins Bewusstsein gebracht und politische Synergieeffekte genutzt und Eigenbrödeleien verhindert werden.
2. Auch die Koordinierung des **Jugendaustausches** als auch die wirtschaftlichen Anliegen könnten hin zu regierungsamtlichen Stellen und den Kommunen sowie Verbänden der Wirtschaft trotz schon guten Funktionierens noch optimaler gestaltet und effizienter fortentwickelt werden.
3. Man erhebe deshalb die Forderung zur weiteren Forcierung und Koordinierung der grenzübergreifenden integrativen sowie regionalen/ kommunalen Zusammenarbeit
 - a) als offiziellen Ansprechpartner (**Koordinator**) einen „Tschechien-Beauftragten“ zu installieren und
 - b) in Anlehnung an das Bundesland Sachsen zur Schaffung größerer Transparenz und weiterer Verbesserung der Durchführung von Projekten jeglicher Art auch von bayerischer Seite in Prag ein „**Bayerisches Verbindungsbüro**“ einzurichten, welches direkter Ansprechpartner zur Optimierung und Lösung bilateraler Angelegenheiten im Bereich Wirtschaft, Verkehr, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, usw. werden sollte.

Gez. Konrad Kobler

Antrag auf der 62. Landesversammlung der Europa-Union Bayern

Lichtenfels, den 05. und 06. Juli 2013

Thema:	Jugend und Schüler fit für Europa machen – größeren Stellenwert dem Thema „Europa an den Schulen“ sowie „Forcierung von Schüler- und Jugendaustauschmaßnahmen“ einräumen	Antragsnummer:	4
		Antragsteller:	BV Niederbayern, Vorsitzender: Konrad Kobler, MdL
		Abstimmung:	
		Weiterleitung:	

Die Delegierten der EU-Landesversammlung werden gebeten zu beschließen, bzw. der Europa-Landesvorstand wird aufgefordert, auf die Bayer. Staatsregierung und den Bayer. Landtag einzuwirken, dass bei

1. Jugendlichen und Schülern stärkeres Gewicht gelegt wird, sie „fit“ für Europa zu machen und
2. die Schüler-/und Jugendaustauschmaßnahmen stärker zu forcieren.

Begründung:

Die einseitig-monotonen Diskussionen über den Euro, europäische Finanzen, usw. bringen das Gesamtbild Europas in der Öffentlichkeit und insbesondere bei Schülern und Jugend in eine beträchtliche Schiefelage. In Kenntnis der Lehrstoff-Fülle plädiert die Europa-Union an die Kultusbehörden, der Thematik Europa hinsichtlich der Lehrpläne einen größeren Stellenwert beizumessen.

Der diesjährige „**60. Europäische Schulwettbewerb**“ ist vielfach bezüglich der teilnehmenden Schulen „abgestürzt“! Hier ist viel in Unordnung und nach Auffassung der Europa-Union spiegelt sich dort wider, dass die Schulen dem Bildungsauftrag nicht mehr ernst genug nehmen und Schülerinnen und Schüler ungenügend auf die europäische Realität vorbereiten bzw. hierfür präparieren würden. „Europa“ beginne an den Schulen und der „Funke Europa“ muss überall auf die Schüler überspringen. Europa sei mehr als nur eine momentan in Turbulenzen befindliche einheitliche Währung. Der Euro ist zwar ein Bindeglied, aber der noch nie dagewesene **Wohlstand**, die **Freiheit** und der **Frieden** haben einen wesentlich höheren Stellenwert. Das hin und wieder zu Unrecht gescholtene Europa stellt eine großartige Erfolgsgeschichte dar!

Ferner fordern die ostbayerischen Europäer, dass die Thematik Europa bei den Schulen über den Weg verstärkter **Schüler- und Jugendaustauschmaßnahmen** lebendiger gestaltet und einschlägige Anreize gegeben werden. Die europäische Bildung, die direkte Wahrnehmung europäischer Realitäten, die Steigerung der sprachlichen Flexibilität, usw. sind die besten Zukunftsinvestitionen und Prävention gegenüber den künftigen Herausforderungen, wie z. B. der Arbeitslosigkeit, usw. Es bedarf an den verschiedenen Schulen hier einer „**Nachjustierung**“, um zu erkennen, dass es in einem immer noch größer werdenden Europa keine „no future-Mentalität“ geben darf und die Jugend durch gezielte Vermittlung europäischer Sachverhalte, Mehrsprachigkeit und Austauschmaßnahmen „**fit**“ gemacht werden muss.

Gez. Konrad Kobler

Antrag auf der 62. Landesversammlung der Europa-Union Bayern

Lichtenfels, den 05. und 06. Juli 2013

Thema: Trinkwasser in „heimatlichen Händen“ behalten	Antragsnummer:	5
	Antragsteller:	BV Niederbayern, Vorsitzender: Konrad Kobler, MdL
	Abstimmung:	
	Weiterleitung:	

Die Delegierten der EU-Landesversammlung werden gebeten zu beschließen, die Haltung der Bayer. Staatsregierung zu unterstützen und auf die europäischen Institutionen einzuwirken, das Trinkwasser auch künftig in „heimatlichen Händen“ zu behalten.

Begründung:

Ein EU-Richtlinien-Entwurf beabsichtigt, die bisher bestens funktionierende, in kommunaler Obhut liegende Wasserversorgung, dem Europarecht zu unterwerfen. Die Bezirksvorschaft der Europa-Union Niederbayern sieht in dieser Absicht eine völlige Verdrehung der Aufgaben Europas. Die Wasserversorgung habe in ortsnaher Verantwortung bestens geklappt und den Menschen sei nicht vermittelbar, die Sorge um gutes, lebenswichtiges Wasser in die Hände bzw. dem Spekulantentum anonymer europäischer Konzerne zu geben (auszuliefern).

Die niederbayerischen „Europäer“ fordern deshalb die Staatregierung, Landes- und Bundespolitiker, sowie die Bundesregierung und die Europaabgeordneten auf, auf die EU-Kommission einzuwirken „Europa nicht in die Verantwortung des Wasserbesorgers“ – auch nicht für bestimmte Grenzfälle – zu lassen, da diese verantwortungsvolle Aufgabe heimatnäher viel optimaler geregelt werden kann und schließlich aus der Sicht der Einhaltung des **Subsidiaritätsgrundsatzes** keine europäische „**Binnenmarktaufgabe**“ sein kann. Auch wenn in europäischer Verantwortung stehende Politiker (Kommissar Barnier) darauf verweisen, dass viele Kommunen nicht betroffen seien und nicht daran gedacht sei, Trinkwasser direkt oder indirekt zu privatisieren, gelte auch hier das Motto **„wehret den Anfängen“** und **„Hände weg von einer europäisierten-liberalisierten Trinkwasserversorgung“**.

Gez. Konrad Kobler

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP

Oberanger 32, 80331 München
Tel.: +49 - 89 - 260 34 75
Fax: +49 - 89 - 260 37 50
Internet: www.eu-bayern.de

Antrag auf der 62. Landesversammlung der Europa-Union Bayern

Lichtenfels, den 05. und 06. Juli 2013

Thema: Aufbau und Ausbau des grenzüberschreitenden trinationalen Rettungs- und insbesondere Luftrettungsdienstes nach Tschechien	Antragsnummer:	6
	Antragsteller:	BV Niederbayern, Vorsitzender: Konrad Kobler, MdL
	Abstimmung:	
	Weiterleitung:	

Die Delegierten der Landesversammlung der EUROPA-UNION Bayern werden gebeten zu beschließen, in geeigneter Form auf die Bayer. Staatsregierung einzuwirken, dass nach der Einführung des grenzüberschreitenden Luftrettungsdienstes zwischen Bayern und Österreich nun auch insbesondere der Luftrettungsdienst von Bayern nach Tschechien und umgekehrt ausgebaut werden, um die **Rettungsfristen** für Notfalltransporte zu den Fachkliniken wegen des vielfach ungenügend ausgebauten Verkehrsnetzes und zeitverzögernden Staus einzuhalten und so verunfallte Menschenleben zu retten.

Begründung:

Seit rund zehn Jahren existiert im Großraum Passau zwischen bayerischem und österreichischem Gebiet ein grenzüberschreitender Luftrettungsdienst, durchgeführt im halbjährlichen Wechsel von ÖAMTC und ADAC. Die Luftrettung ist eine wichtige Säule des Rettungsdienstes.

Es sollte durch diese Einrichtung das Rettungssystem des Gebietes im Einzugsbereich der trinationalen EUREGIO (einschließlich des tschechischen Teiles) bedient und auf den Randbereich des südlichen Böhmens ausgedehnt werden.

Damit wäre ein europaweit einmaliger Schritt - nämlich der trinationale Einsatz des Luftrettungshubschraubers, mit einer neuen Qualität der Integration, erreicht. Die Ausweitung des Einsatzgebietes des Luftrettungshubschraubers auf das gesamte Dreiländereck Südlicher Bayer. Wald - Innviertel/Mühlviertel und Südlicher Böhmerwald darf nicht Illusion bleiben, da damit sich neben den humanitären und europaintegrativen Zielen auch ein mehrdimensionaler wirtschaftlicher Aspekt mit positiver Wirkung auf die Sozialkosten Ausgaben ergibt.

Gez. Konrad Kobler

Europa-Union Bayern e.V. | Vereinsregisternummer: VR 4828 | Vorsitzender: Markus Ferber (MdEP)

Landesgeschäftsstelle: Oberanger 32 | 80331 München
Telefon: +49-89-260 34 75 | Fax: +49-89-260 37 50
E-Mail: europa-union-bayern@t-online.de | Internet: www.eu-bayern.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP

Oberanger 32, 80331 München
Tel.: +49 - 89 - 260 34 75
Fax: +49 - 89 - 260 37 50
Internet: www.eu-bayern.de

Antrag auf der 62. Landesversammlung der Europa-Union Bayern

Lichtenfels, den 05. und 06. Juli 2013

Thema: Verstärkte Ahndung des Drogenhandels – insbesondere Crystal Speed an der bayerisch-tschechischen Grenze	Antragsnummer:	7
	Antragsteller:	BV Niederbayern, Vorsitzender: Konrad Kobler, MdL
	Abstimmung:	
	Weiterleitung:	

Die Delegierten zur Landesversammlung der EUROPA-UNION Bayern wollen beschließen, auf die Bayer. Staatsregierung einzuwirken, dass dem illegalen Drogenhandel – insbesondere der Modedroge Crystal Speed an der bayerisch-tschechischen Grenze noch repressiver begegnet wird.

Begründung:

Die Berichte über den Handel und die schädigende Wirkung der illegalen Modedroge Crystal-Speed nehmen fortlaufend größere und beängstigendere Ausmaße an und stellt eine erschreckende Gefahr für die Gesundheit junger Menschen in dieser Region dar.

Um diesen sich zuspitzenden Problem wirksamer zu begegnen, ist ein entscheidendes Handeln auf der Grundlage von Prävention und Aufklärung, aber insbesondere die Ausweitung der Fahndung sowie verstärkte Kooperation mit den tschechischen Behörden erforderlich, wozu es der Abstellung entsprechend zusätzlichen Personals bedarf.

Gez. Konrad Kobler

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP

Oberanger 32, 80331 München
Tel.: +49 - 89 - 260 34 75
Fax: +49 - 89 - 260 37 50
Internet: www.eu-bayern.de

Antrag auf der 62. Landesversammlung der Europa-Union Bayern

Lichtenfels, den 05. und 06. Juli 2013

Thema: Grenzüberschreitende Veranstaltung zur Positionierung für ein vereintes Europa	Antragsnummer:	
	Antragsteller:	Bezirksverband Oberbayern
	Abstimmung:	
	Weiterleitung:	

Erläuterung:

Bedingt durch die aktuelle politische, finanzielle und wirtschaftliche Krise ist in vielen europäischen Staaten eine immer stärkere Tendenz zur Renationalisierung und damit zunehmenden Abwendung von der Europäischen Gemeinschaft zu beobachten. Diese Entwicklung birgt eine große Gefahr für die Erfolge und das Fortbestehen des historisch einzigartigen europäischen Einigungs- und Friedenswerks der vergangenen Jahrzehnte. Während uns der Rest der Welt darum beneidet, scheinen manche Nationen in Europa geneigt, diesen Prozess inzwischen zugunsten eigener Interessen zu beenden.

Der Bezirksvorstand der Europa-Union Oberbayern sieht dies mit großer Sorge und ist sich einig darin, dass die Europa-Union hier ein deutliches Zeichen setzen muss, denn **gerade jetzt brauchen wir mehr Europa statt weniger.**

Vielleicht bedingt durch die bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen, vermissen wir bei den politischen Parteien zum momentanen Zeitpunkt **eine klare und deutliche Positionierung in der Öffentlichkeit für ein vereintes Europa** - ebenso wie eine positiv orientierte europapolitische Berichterstattung in den Medien.

Diese verschiedenen Faktoren führen in ihrer Gesamtheit zwangsläufig zu einer Situation allgemeiner Europaverdrossenheit in der Bevölkerung – Tendenz steigend, auch in Deutschland.

Antrag:

Der Bezirksverband **der Europa-Union Oberbayern** fordert den Landesverband Bayern deshalb auf, gemeinsam mit allen deutschen Landesverbänden, dem Bundesverband der EUD, der EBD sowie den pro-europäischen Partnerorganisationen in unseren Nachbarländern zeitnah eine gemeinsame Großveranstaltung (z.B. in Straßburg) ins Leben zu rufen/zu initiieren. Wir müssen erreichen, dass grenzüberschreitend in einer europaweiten Demonstration der Solidarität alle pro-europäischen Kräfte gebündelt werden und sollten „europäische Flagge“ zeigen, denn es geht ebenso um unsere Zukunft wie die kommender Generationen.

Wenn nicht jetzt, im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger, wann dann? Wenn nicht wir, die Europa-Union Deutschland, wer dann?“